

Neue Gesetzgebung zu den Wahlen

Bei einem Treffen von neun Parlamentsfraktionen und Hari Sabarno, dem Minister für Haushaltsangelegenheiten, stand am 15. Februar 2003 die Wahlgesetzgebung erneut zur Diskussion. Das Treffen sollte dazu dienen, die Fertigstellung der Gesetzesvorlage für die Wahlen, auf die man schon seit langem wartet, zu beschleunigen. In einigen Fragen erreichten die Mitglieder einen Konsens, viele Probleme sind jedoch noch nicht gelöst. So einigte man sich beispielsweise darauf, dass jede Provinz vier Repräsentanten im regionalen Rat der Repräsentanten (DPD) haben solle. Der Volksvertretungsrat (MPR), das höchste gesetzgebende Organ, wird sich künftig aus Mitgliedern des DPD und des Parlaments (DPR) zusammensetzen. Die Gesetzgeber und Hari Sabarno betonten, ihr Abkommen bezüglich der Anzahl der DPD-Mitglieder sei in Übereinstimmung mit der Verfassung getroffen worden, die vorsehe, dass die Anzahl der DPD-Mitglieder ein Drittel der DPR-Mitglieder nicht überschreiten solle. Artikel 22 (C) der Verfassung von 1945 sagt zudem aus, dass Mitglieder des DPD aus allen Provinzen gleichberechtigt seien. Die Vereinte Entwicklungspartei (PPP) hatte vorher darauf bestanden, dass die Anzahl der Repräsentanten jeder Provinz fünf Personen

betragen sollte, um eine ausreichende Präsenz der Provinzen zu gewährleisten. »Aber wir stimmen der Entscheidung zu, da wir damit Raum für Repräsentanten aus Provinzen lassen, die sich vielleicht erst noch formieren«, so Chozin Chumaidy, Sprecher der PPP am 16. Februar. Trotz dieser Möglichkeit der Bildung neuer Provinzen gingen die Teilnehmer des Treffens zunächst von einer Anzahl von 30 Provinzen aus. Demnach würde die gesamte Anzahl der DPD-Mitglieder 120 betragen.

Die Fraktionen beschlossen weiterhin, dass die Anzahl der DPR-Mitglieder künftig 550, also 50 mehr als vorher, betragen soll. Diese Entscheidung wurde damit gerechtfertigt, dass man somit die hohe Zahl der neu gegründeten Regenschaften während der letzten Jahre auffangen könnte. Über die Frage, auf welche Weise Wahlbezirke eingeteilt werden sollen, herrscht noch Uneinigkeit. Golkar, die zweitgrößte Fraktion des Parlaments, hatte vorher darauf bestanden, Regenschaften oder Kommunen zu Wahlbezirken zu machen, während die restlichen Fraktionen Provinzen oder Teilprovinzen zu Wahlbezirken machen wollten. Laut Firman Jaya Daeli von der Regierungspartei PDI Perjuangan ist die Wahrscheinlichkeit jedoch groß, dass Golkar den Vorschlag der anderen

Fraktionen noch akzeptieren wird. Auch ist die Frage noch nicht geklärt, ob Gesetzgeber ehemalige Mitglieder der überholten Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) oder verwandten Organisationen sein dürfen. Acht Fraktionen, inklusive Golkar, der Nationalen Partei des Aufbruchs (PKB) und der PPP verteidigten den kontroversen Artikel, während die PDI Perjuangan ihn nicht im Gesetz verankert sehen möchte. Die offizielle Version des Putschversuches vom 30. September 1965, die PKI habe den Coup d'État initiiert, wurde nach dem Sturz Suhartos im Mai 1998 hinterfragt. Historiker und Politiker sprechen seitdem von der Notwendigkeit, die Geschichtsbücher zu überarbeiten. Zaenal Arifin, Sprecher der PDI Perjuangan, betonte, der Artikel müsse zwecks der Wahrung der Menschenrechte abgeschafft werden. Weiterhin ist unter anderem noch unklar, ob staatliche Funktionäre aktiven Wahlkampf betreiben dürfen, und welche genauen Anforderungen kleine politische Parteien erfüllen müssen, um sich für die Wahlen von 2004 zu qualifizieren.

vgl. *The Jakarta Post*, 17., 18.02.2003

Regierung stoppt Export von Arbeitskräften

Die Regierung hat bis auf weiteres den Export von Arbeitskräften ins Ausland eingestellt. Diese Maßnahme soll so lange andauern, bis neue Programme eingerichtet sind, die sicherstellen, dass die Arbeiter die notwendigen Qualifikationen mitbringen, bevor sie ihre Arbeitsstelle im Ausland antreten. Jacob Nuwa Wea, Minister für Arbeit und Transmigration, sagte, ein solcher Schritt sei notwendig, da viele Arbeiter nicht gut genug ausgebildet seien, um die Anforderungen der ausländischen Arbeitgeber zu erfüllen. Insbesondere seien sie oftmals nicht

dazu in der Lage, sich mit ihren Arbeitgebern in englischer Sprache zu unterhalten.

Innerhalb des Ministeriums für Arbeit und Transmigration plant man derzeit den Aufbau von Programmen, die den genannten Problemen entgegenwirken sollen. Agenturen zur Arbeitsvermittlung haben allein im vergangenen Jahrzehnt hunderttausende indonesische Frauen als Haushaltshilfen sowie Alten- und Kinderbetreuerinnen in den mittleren Osten und andere Staaten Südostasiens geschickt. Wea meinte weiter, allein in Singapur seien derzeit

43.000 Indonesierinnen tätig. Im Jahre 2001 hatte die Regierung angekündigt, sie werde aufgrund der hohen Zahl der Todesopfer der in Singapur tätigen Gastarbeiterinnen die Arbeitsvermittlung dorthin einstellen. Obwohl man davon ausging, dass die indonesischen Frauen in vielen Fällen misshandelt wurden und aus diesem Grund starben, werden Indonesierinnen weiterhin nach Singapur vermittelt.

vgl. *The Jakarta Post*, 17.2.2003

nachrichten

Reisewarnung schadet Tourismus

Die indonesische Regierung möchte Australien darum bitten, die Reisewarnung für Indonesien aufzuheben.

»Missverständnisse« zwischen den beiden Nachbarstaaten könnten somit vermieden werden. Gede Ardika, Tourismusminister, der derzeit in Australien für Indonesiens Touristenziele wirbt, will Australiens Außenminister Alexander Downer bitten, die Reisewarnung aufzuheben. Ardika erklärte, es sei von großer Bedeutung, dass Australier Indonesien wieder besuchen, um »Verständnis und Toleranz zwischen den Nachbarstaaten zu fördern, deren Verhältnis in den letzten Jahren von Spannungen gekennzeichnet war«. Infolge des Bombenanschlags vom 12. Oktober 2002 auf Bali, der 192 Todesopfer forderte, darunter 88 Australier, hatte die australische Regierung sehr vor Reisen nach Indonesien gewarnt. Aufgrund seiner relativen Nähe zu Australiens Westküste war Bali stets ein beliebtes Ziel für australische Touristen gewesen. Ardika meinte: »Wir verstehen natürlich, dass es die Pflicht einer Regierung ist, ihre Bürger zur Vorsicht zu mahnen.« Aber falls die Touristen aus Australien weiterhin ausblieben, bedeute dies, dass die »Terroristen gewonnen haben.« Laut Angaben der Regierung erholt sich die Tourismusbranche langsam wieder, seit insgesamt 25 Verdächtige im Zusammenhang mit dem Bali-Attentat festgenommen worden waren.

vgl. *Kompas, The Jakarta Post*, 17.2.2003

nachrichten

Wirtschaft wächst langsam

Wie die Regierung den Medien mitteilte, betrug das Wirtschaftswachstum in Indonesien im vergangenen Jahr (2002) 3,66 Prozent. Im Jahre 2001 waren es 3,32 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt war entsprechend den Vorhersagen der Regierung vom Januar gestiegen, lag aber unter dem Ziel von fünf Prozent für 2002. Das zentrale Statistikbüro, das die Zahlen vorlegte, machte keine Angaben bezüglich des möglichen Einflusses des Terroranschlags von Bali. Die Regierung hatte ihre Schätzungen für dieses Jahr nach dem Attentat vom vergangenen Oktober von fünf auf vier Prozent korrigiert. Nach Angaben des Statistikbüros sei das Wachstum durch privaten und staatlichen Konsum gewährleistet. Investitionen aus dem Ausland waren im vergangenen Jahr um 35 Prozent zurückgegangen. Nationale Investoren waren sogar noch weniger dazu bereit, ihr Geld weiterhin in Indonesien anzulegen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank haben Jakarta erneut aufgefordert, Reformen im juristischen Bereich durchzuführen und Probleme mit der Dezentralisierung zu lösen, um ausländisches Kapital anzuziehen. Laut Angaben des IWF ist ein jährliches Wachstum von sechs Prozent notwendig, um Armut und Arbeitslosigkeit zu reduzieren. In der ersten Hälfte des Jahres 2002 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 8,4 Millionen. Laut Schätzungen sind weitere 25 Millionen Indonesier nur teilzeitbeschäftigt.

vgl. The Jakarta Post, 17.2.2003

Dialog mit Nord- und Südkorea

Präsidentin Megawati Soekarnoputri erklärte am 15. Februar 2003, dass Indonesien sowohl Süd- als auch Nordkorea angeboten hätte, bei der Beendigung der nuklearen Krise Koreas behilflich zu sein. »Wir haben Gesandte nach Seoul und Pyongyang geschickt. Sollten beide Regierungen zustimmen, sind wir bereit, Gespräche anzubieten, um die Krise zu beenden«, sagte Megawati. Anlässlich einer Pressekonferenz mit Australiens Außenminister meinte sie, Dialog sei die beste Maßnahme, um die Atomkrise der Halbinsel zu beenden. »Wir glauben, dass wir die Krise durch Dialog beenden können, und natürlich werden wir die Informationen, die wir von Nord- und Südkorea bekommen, mit der Regierung der Vereinigten Staaten teilen«, so Megawati. Ihr Gesandter Nana Sutresna hat bereits mit Nordkoreas Außenminister Paek

Nam Sun und Südkoreas Außenminister Choi Sung-hong gesprochen, jedoch haben beide Staaten bisher nicht öffentlich auf das Angebot Indonesiens reagiert. Laut Presseberichten hat Indonesien ein freundschaftliches Verhältnis zu Nord- und Südkorea, da Megawati persönliche Verbindungen zu den Führern der beiden Ländern pflegt. Südkorea ist ein großer Investor in Indonesien, während die Verbindungen zu Nordkorea auf 1964 zurückgehen, als Megawatis Vater, Sukarno, Pyongyang besuchte. Megawati selbst hat die Rolle der Friedensbotschafterin übernommen, als sie Pyongyang und Seoul im März letzten Jahres besuchte und die beiden Länder dazu aufforderte, ihre Friedensgespräche wieder aufzunehmen.

vgl. Kompas, The Jakarta Post, 17.2.2003

Überschwemmungen in Jakarta

Mehr als 40.000 Menschen sind infolge sintflutartiger Regenfälle aus Jakarta geflohen. Laut Medienberichten vom 13. Februar 2003 standen die Fluten in manchen Straßen mehr als einen Meter hoch. Die Wassermassen verursachten ein Verkehrschaos in Jakarta. Mehrere Hauptdurchgangsstraßen mussten gesperrt werden. Die Stadtverwaltung sei in höchster Alarmbereitschaft, hieß es. Allein in einem Stadtteil im Zentrum brachten sich mehr als 24.000 Einwohner in Sicherheit. Sie fanden unter anderem in Moscheen und anderen öffentlichen Gebäuden Zuflucht. Mehrere Flüge vom internationalen Flughafen Sukarno Hatta konnten nur verspätet starten, weil Piloten und andere Mitglieder der Crew im Stau festsaßen. Die Flut forderte bisher drei Menschenleben, ein Kind wird noch vermisst. Hunderte Menschen werden medizinisch betreut, vorwiegend wegen Diarrhö. Von den Oberläufen der drei Flüsse, die durch Jakarta fließen, sei noch mit Flutwellen zu rechnen. Der

Umweltminister des Landes rief die Menschen, die sich auf der Flucht vor den Wassermassen befanden, dazu auf, ausreichend Kleidung und Medikamente mitzunehmen. Auch zahlreiche Schulen der Hauptstadt mussten wegen der Überschwemmungen vorübergehend geschlossen werden. Insgesamt 14.000 Schüler können vorläufig nicht mehr unterrichtet werden. Bereits im Jahr 2002 hatte die indonesische Hauptstadt mit schweren Niederschlägen zu kämpfen. Die Stadt verfügt nicht über ein ausreichendes Kanalsystem, über das die Fluten ablaufen könnten. Damals mussten laut Angaben von The Jakarta Post 380.000 Menschen ihre Wohnung verlassen. Die Fluten hatten letztes Jahr 34 Todesopfer gefordert. Viele Einwohner Jakartas werfen Gouverneur Sutedjo vor, das Problem nicht ernst genug zu nehmen.

vgl. Kompas, 13.2.2003, The Jakarta Post, 17.2.2003

Schließung von staatlichen Unternehmen?

Die Regierung plant, fünf staatliche Holzwirtschaftsunternehmen (Inhutani I bis V), zu schließen und die Kontrolle über die neun Millionen Hektar schwer geschädigten Waldbestandes an lokale Gemeinschaften sowie an Privatunternehmen zu übergeben. Inhutani wurde 1971 mit dem Anspruch gegründet, die Wälder des Landes zu verwalten und zu schützen. Die Aufgaben umfassten die Errichtung von Plantagen, private Holzwirtschaftsunternehmen mit Holz zu versorgen, beschädigte Waldbestände wieder aufzuforsten und Nutzwald zu erhalten. Tachrir Fathony, Sprecher des Ministeriums für Forstwirtschaft, sagte der Presse, das Ministerium warte nunmehr auf die Zustimmung der Präsidentin, die Firmen zu schließen. »Wir erwarten, dass die Präsidentin bald ihre Zustimmung geben wird«, so Tachrir.

Der Plan, die Firmen aufzulösen, wurde getroffen, nachdem ihre Profitabilität in den letzten drei Jahren stark gesunken war. Zusätzlich war es den Unternehmen misslungen, Waldgebiete, die durch skrupellose Konzessionäre stark beschädigt worden waren, wieder aufzuforsten. Von 2000 bis zum Jahr 2001 fiel beispielsweise der Gewinn des Betriebes Inhutani I, der in großen Gebieten in Ost-Kalimantan, Sulawesi und auf den Molukken operierte, von 6,7 Millionen US-Dollar auf 1,75 Millionen US-Dollar. Tachrir meinte, der sinkende Gewinn hätte dazu geführt, dass die Firma ihre Aufgabe, den Wald wieder aufzuforsten, nicht entsprechend erfüllt habe. Falls die Präsidentin die Entscheidung befürworte, so Tachrir, würden diejenigen Wälder, die nahe an Dörfern liegen, in den Besitz lokaler Gemeinschaften übergehen. Abgelegene Waldgebiete sollen an Privatunternehmen versteigert und in Plantagen umfunktioniert werden.

vgl. The Jakarta Post, 17.2.2003